

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Christa Naaß, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Inge Aures, Harald Güller, Natascha Kohnen, Franz Maget, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp** und Fraktion (SPD)

### **Finanztransaktionssteuer notfalls nur in der Eurozone einführen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auch nur in der Eurozone auf der Grundlage des Vorschlags der EU-Kommission einzusetzen.

#### **Begründung:**

Anzustreben ist die Einführung einer Transaktionssteuer in der gesamten EU. Das Konzept der EU-Kommission vom vergangenen September ist aber so angelegt, dass es bei anhaltendem Widerstand etwa aus Großbritannien auch nur in den Ländern der Währungsunion umgesetzt werden kann.

Die Einführung dient folgenden Zielsetzungen:

- Der Finanzmarktsektor trägt zur Entlastung der öffentlichen Haushalte, die durch die notwendige Stützung der Banken belastet wurden, bei. Die Schätzungen für eine solche Steuer liegen bei rund 60 Mrd. Euro pro Jahr.
- Unerwünschtes Marktverhalten wird eingedämmt und die Märkte werden stabilisiert, indem spekulative Börsengeschäfte, auch der computergesteuerte Hochfrequenzhandel, verteuert und damit die Turbulenzen an den Finanzmärkten geglättet werden.